

Ungarn

Stand: Oktober 2009

Ländersname: Republik Ungarn, Magyar Köztársaság

Klima: kontinental

Lage: Binnenstaat, der im Norden an die Slowakische Republik, im Nordosten an die Ukraine, im Osten an Rumänien, im Süden an Serbien und Kroatien und im Westen an Slowenien und Österreich grenzt

Landesfläche: 93.030 qkm

Hauptstadt: Budapest, ca. 1,7 Mio. Einwohner (2008)

Bevölkerung: 10,03 Mio. (Januar 2008); *davon Minderheiten:* 314.000 (Volkszählung 2001); *Ungarndeutsche:* 62.000 (Volkszählung 2001)

Landessprache: Ungarisch

Religionen / Kirchen: Röm.-kath. (52%), calvinistisch-ref. (16%), evang.-luth. (3%), jüdisch (0,1%), konfessionslos (14,5%), ohne Angabe (10%) (Volkszählung 2001)

Nationalfeiertag: 15. März: Gedenken an den Revolutions- und Freiheitskampf 1848/49

20. August: Offizieller Staatsfeiertag, Fest des Staatsgründers und ersten ungarischen Königs Stephan des Heiligen

23. Oktober: Gedenken an den Volksaufstand 1956 sowie Tag der Proklamation der Republik Ungarn 1989

Regierungsform: Parlamentarische Demokratie mit Einkammerparlament

Verwaltungsstruktur: Zentralisiertes Verwaltungssystem

Staatsoberhaupt: Präsident, von Parlament gewählt (für 5 Jahre); Prof. László Sólyom (parteilos), seit August 2005

Regierungschef: Gordon Bajnai (seit 14.4.2009) (parteilos)

Außenminister: Dr. Péter Balázs (seit 14.4.2009, parteilos)

Kultur- und Bildungspolitik

Stand: Oktober 2009

Es ist das Ziel der ungarischen Bildungspolitik, das Niveau der schulischen und universitären Ausbildung weiter zu erhöhen, um die Wettbewerbsfähigkeit Ungarns zu steigern. Im Zentrum der Maßnahmen stand in den letzten Jahren die Reorganisation des Hochschulsystems durch Zusammenlegung zu größeren, effizient und interdisziplinär arbeitenden Einrichtungen. Auch in der Schulpolitik stehen weitere Reformen an, darunter Maßnahmen zur gesteigerten Attraktivität des Lehrerberufs, die Schaffung moderner Schulen mit zeitgemäßen Ausstattungen sowie die Förderung von sozial benachteiligten Kindern. Nach wie vor sollen gerade die Naturwissenschaften an den Schulen besonders gefördert werden.

In der Kulturpolitik ist in den letzten Jahren eine beachtliche Öffnung gegenüber modernen Strömungen in allen Kulturbereichen gelungen. Damit einher geht aber auch eine Besinnung auf die eigene Kultur und Sprache. Im „Haydn-Jahr 2009“ erinnern rund 100 Veranstaltungen, die vorwiegend in Budapest und im westungarischen Fertőd (Schloss Eszterháza) stattfinden, an das 200. Todesjahr von Joseph Haydn. Pécs/Fünfkirchen (Südungarn) wird sich im Jahr 2010 zusammen mit Istanbul und Essen (Ruhrgebiet) als Kulturhauptstadt Europas präsentieren. Im Vordergrund steht der Dialog zwischen Osten und Westen, insbesondere als Brücke zur kulturellen Vielfalt des Balkans. Durch vielfältige Kulturprojekte wird Ungarn 2010 in Nordrhein-Westfalen und Nordrhein-Westfalen in Ungarn präsent sein.

Wirtschaftspolitik

Lage

Die ungarische Wirtschaft befand sich schon vor der Finanz- und Wirtschaftskrise auf einem deutlich abgeschwächten Wachstumspfad. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2007 um 1,1 Prozent und 2008 um 0,6 Prozent. Durch die weltweite Konjunktorentwicklung wird für 2009 ein Rückgang des BIP um 6,7 Prozent prognostiziert, 2010 soll die Wirtschaft um weitere 0,9 Prozent schrumpfen.

Ungarn strebt weiterhin die Einführung des Euro an. Um die Konvergenzkriterien zu erfüllen, vor allem aber, um das Vertrauen der internationalen Finanzinvestoren wieder herzustellen, verfolgt Ungarn einen strikten Austeritätskurs. Budgetärer Spielraum zum Auflegen von Konjunkturprogrammen bestand für Ungarn in der Finanz- und Wirtschaftskrise daher nicht. Wachstumsimpulse verspricht man sich vielmehr von den beschlossenen steuerpolitischen Maßnahmen, die die Belastung

des Produktionsfaktors Arbeit verringern werden, und davon, dass die Ungarn zustehenden EU-Mittel konjunkturwirksam ausgegeben werden sollen.

Der Konsolidierungskurs Ungarns zeigt Erfolge: 2009 will man ein Haushaltsdefizit von 3,9 Prozent des BIP erreichen. Das ursprünglich angepeilte Ziel von 2,9 Prozent wurde dabei – in Übereinstimmung mit dem IWF – wegen der schlechten Weltkonjunktur angepasst. Schon 2006 hatte die sozialliberale Regierungskoalition einen strikten Haushaltskurs angeordnet, der Steuer- und Abgabenerhöhungen, die Abschaffung von Subventionen (Energie, Arzneimittel, ÖPNV) sowie den Abbau von Personalkapazitäten in der öffentlichen Verwaltung umfasste. Dadurch ist es gelungen, das Haushaltsdefizit von 9,3 Prozent (2006) auf 4,9 Prozent (2007) und 3,3 Prozent (2008) zu drosseln. 2009 will man 3,9 Prozent erreichen, was angesichts des Rückgangs des BIP um 6,7 Prozent als großer Erfolg gewertet werden muss. Der Schuldenstand (gemessen am BIP) stieg allerdings von 65,6 Prozent (2006) und 65,8 Prozent (2007) auf 72,2 Prozent (2008) an. Für 2009 rechnet man mit einem Schuldenstand der öffentlichen Hand von 75,9 Prozent. Grund hierfür ist insbesondere, dass sich die Bemessungsgröße des BIP rückläufig entwickelt. Da ca. 40 Prozent der öffentlichen Schulden, vor allem auch wegen des Hilfspakets des IWF, der Weltbank und der EU in Höhe von ca. 20 Mrd. Euro, Auslandsschulden sind, schwankt diese Zahl auch entsprechend der Wechselkursentwicklung. Auf der Ausgabenseite wurden seit der Finanz- und Wirtschaftskrise zahlreiche Kürzungen beschlossen, die vor allem die Gehälter der öffentlichen Bediensteten und eine Reihe von Sozialleistungen betreffen. Auf der Einnahmeseite erfolgte die Streichung einer Reihe von Steuerprivilegien, zu allererst aber eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 20 auf 25 Prozent.

Die Entwicklung des ungarischen Exports verläuft parallel zum weltweiten, besonders aber deutschen Konjunkturtrend: Konnte 2007 noch ein Zuwachs von 15,9 Prozent und 2008 von 7,3 Prozent erreicht werden, brachen die Exporte 2009 ein. Von Januar – Juli 2009 gingen die Exporte gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 25 Prozent zurück. Dieser Zeitraum enthält allerdings die Monate direkt nach Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Für das Gesamtjahr rechnet die ungarische Regierung mit einem Rückgang der Exporte um 15,1 Prozent, womit sie eher am pessimistischen Ende der verschiedenen Prognosen liegt. Da die Importe von Januar – Juli 2009 sogar um 31 Prozent zurückgingen, weist Ungarn kontinuierlich eine positive Handelsbilanz aus. Mehr als drei Viertel der ungarischen Exporte gehen in die EU, allein nach Deutschland über ein Viertel. Deutschland ist damit mit Abstand wichtigstes Zielland für ungarische Exporte. Entsprechend hoch sind die ungarischen Erwartungen an eine Konjunkturbelebung in Deutschland.

Durch die schwächere Konjunktur ist die Inflation rückläufig. Lag sie 2007 noch bei 7,9 Prozent und 2008 bei 6,1 Prozent so wird für 2009 nur noch mit einer Preissteigerung von 4,5 Prozent gerechnet. Angesichts der Anhebung der Mehrwertsteuer um 5 Prozentpunkte im Juli 2009, ist die Inflation als sehr gering zu bewerten. Im August lag die auf Jahresbasis berechnete Inflationsrate bei 5 Prozent. Zwei Prozentpunkte

waren dabei auf die Mehrwertsteuererhöhung zurückzuführen, die nur zum Teil vom Handel an den Verbraucher weitergegeben wurde.

Die ungarische Währung Forint floatet seit Februar 2008 frei gegenüber dem Euro, das bis dato existierende Interventionsband wurde abgeschafft. War der Forint vor der Wirtschaftskrise mit Wechselkursen von rund 230 Forint pro Euro noch überbewertet, verlor er in der Finanzkrise kurzzeitig bis auf 315 Forint pro Euro. Mittlerweile hat sich der Wechselkurs wieder stabilisiert und liegt (Stand September 2009) bei ca. 270 Forint pro Euro.

Die Arbeitslosenquote lag 2007 bei 7,4 Prozent und 2008 bei 7,8 Prozent. Für 2009 wird bis Jahresende mit einer Arbeitslosenquote von ca. 10 Prozent gerechnet. Die Erwerbsquote bleibt im EU-Vergleich sehr niedrig und lag Ende Dezember 2007 bei 56,3 Prozent. Die auf den Weg gebrachte Steuerreform soll hier Anreize schaffen, um speziell das Niedriglohnsegment gegenüber staatlichen Transferzahlungen wieder attraktiver zu gestalten.

Zum Seitenanfang

Wirtschaftspolitik

Die prioritären Ziele der ungarischen Wirtschaftspolitik sind das Wiedererreichen eines stabilen Wachstumspfad und die Einführung des Euro. Kurzfristig galt es, nach der Finanz- und Wirtschaftskrise das verlorene Vertrauen der internationalen Finanzanleger wieder zu gewinnen. Durch strikte Haushaltsdisziplin erreichte die ungarische Regierung dieses Ziel, so dass sich der ungarische Staat wieder über die Märkte finanzieren kann.

Da Ungarn – im Gegensatz zu anderen EU-Ländern – nicht die Möglichkeit hatte, kreditfinanzierte Konjunkturprogramme aufzulegen, mussten andere Wege gefunden werden, um konjunkturelle Impulse zu setzen. Diese verspricht man sich vor allem durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, mit denen KMUs gefördert werden sollen. Damit vollzieht sich teilweise eine Abkehr von der bisherigen Wirtschaftspolitik, die vor allem Großinvestitionen förderte. Durch die Umgestaltung des Steuersystems von den direkten hin zu den indirekten Steuern, sollen auch die Einkommen stärker besteuert werden, die im grauen Bereich erwirtschaftet werden. Der Einsatz der Ungarn zustehenden EU-Mittel wird so umgestaltet, dass sie konjunkturbelebend wirken.

Das ungarische Wirtschafts- und Verkehrsministerium sowie die Standortmarketinggesellschaft ITDH werben für den Standort Ungarn vor allem mit der gut ausgebauten Infrastruktur, dem guten Bildungsniveau insbesondere in naturwissenschaftlichen Berufen sowie der geostrategisch günstigen Lage des Landes als Tor zu den Balkanstaaten sowie nach Osteuropa.

Zum Seitenanfang

Deutsche Investitionen

Deutschland ist mit einem Bestand von 14,7 Mrd. Euro (Ende 2007) und einem Anteil von 27 Prozent mit Abstand größter ausländischer Direktinvestor in Ungarn. Auch während der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich an dieser Position nichts verändert. Eine der größten Einzelinvestitionen in Ungarn ist das Audi-Werk im westungarischen Győr, in das bislang rund 3,3 Mrd. Euro investiert wurden. Mercedes errichtet derzeit für 550 Mio. Euro ein neues Automobilwerk in Kecskemét. Neben weiteren deutschen Großinvestoren (darunter Allianz, Bosch, Deutsche Telekom, E.ON, Hochtief, Knorr Bremse, RWE, SAP, Siemens, ZF) sind zahlreiche mittelständische Unternehmen in Ungarn aktiv. Deutsche Unternehmen genießen im Land durch Vermittlung von Managementwissen und Fachausbildung hohes Ansehen. Hervorzuheben ist auch die Signalwirkung, die davon ausgeht, dass deutsche Investitionen auch in einem Krisenjahr weitergingen, z.B. sind 2009 folgende deutsche Investitionen umgesetzt worden: E.ON legte den Grundstein zu einem neuen Kraftwerk in Gönyü, Knorr Bremse errichtet ein neues Werk für Schienenfahrzeugbremsen, Siemens baut ein neues Turbinenschaukelwerk und Duna Drava Cement Kft, eine Tochter der Heidelberg Zement, erneuerte gerade die Technologie seines Werks in Beremend.

Zum Seitenanfang

Energiepolitik

Ungarn hat einen relativ hohen Anteil von Erdgas am Gesamtprimärenergieverbrauch, der in den vergangenen Jahren leicht rückläufig war (2008: 39,3 Prozent, zum Vergleich 2006: 41 Prozent; 2007: 40 Prozent). Die Sicherung von Gasimporten stellt daher – bei rückläufiger heimischer Produktion – eine wichtige Priorität der ungarischen Energieaußenpolitik dar. Ungarn unterstützt deshalb sowohl das Nabucco-Projekt als auch die vom russischen Energiekonzern Gazprom initiierte South-Stream-Pipeline. Der staatliche Stromkonzern MVM betreibt nahe der zentralungarischen Stadt Paks ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1.860 MW, das ca. 37 Prozent des ungarischen Strombedarfs deckt. Die Kapazität von Paks soll in den kommenden Jahren ausgebaut werden. Ungarn ist gemäß EU-Richtlinie 2001/77/EG dazu verpflichtet, bis 2010 einen Anteil von 3,6 Prozent des nationalen Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien zu produzieren. Dieses Ziel hat Ungarn im Jahr 2006 bereits überschritten, Ende 2006 lag der Anteil von Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion bei ca. 4,4 Prozent. Die Europäische Kommission erwartet von Ungarn einen Anteil von 13 Prozent an Erneuerbaren Energien am Gesamtprimärenergieverbrauch bis 2020.